



- (A) verfügbar sind. Heute beträgt der Versorgungsgrad bei Anschlüssen mit 1 Mbit/s bereits rund 92 Prozent.

Weiteres Ziel ist der flächendeckende Aufbau von Hochleistungsnetzen bis 2018. Von deutlichen Leistungssteigerungen im Bereich der Kommunikationsinfrastrukturen verspricht sich die Bundesregierung Erhöhungen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, positive regionalwirtschaftliche Effekte sowie die Erschließung neuer Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale.

Die in enger Abstimmung mit der IKT-Branche erarbeitete Breitbandstrategie der Bundesregierung geht damit deutlich über die bisherigen Zielsetzungen hinaus, die im Wesentlichen auf die kurzfristige Schließung von Versorgungslücken im ländlichen Raum fokussiert waren.

Durch Maßnahmen zur Senkung von Investitionskosten, eine innovations- und wachstumsfreundliche Regulierung und öffentliche Förderung werden Anreize gesetzt, um die genannten Ziele zu erreichen. Höhe und Ausgestaltung der zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel sind derzeit Gegenstand der Ressortabstimmung. Das Kabinett wird sich mit dem Konjunkturpaket II am 27. Januar 2009 und mit der Breitbandstrategie am 18. Februar 2009 befassen.

Anlage 3

- (B) **Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Dr. Gerd Müller auf die Frage der Abgeordneten **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE) (Drucksache 16/11612, Frage 3):

Wieso hat die Bundesregierung den IAASTD-Bericht – IAASTD: International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development – bisher nicht unterzeichnet, und wann wird sie dies nachholen?

Im IAASTD-Bericht (Weltagrарbericht) sind überwiegend bekannte Fakten zusammengetragen worden, die bereits seit längerem auch den Prinzipien der deutschen Entwicklungspolitik im Bereich der ländlichen Entwicklung zugrunde liegen. Die Kernbotschaft der Zusammenfassung, dass Armut und Hunger am effektivsten durch die Steigerung der Produktivität der kleinbäuerlichen Betriebe im Rahmen einer multifunktionalen ländlichen Entwicklung abgeschafft werden können, ist internationaler Konsens. Vor diesem Hintergrund hält die Bundesregierung es für entbehrlich, wie von der Abgeordneten Tackmann gefordert, die Erklärung nachträglich zu unterzeichnen. Dies ist vor allem deshalb entbehrlich, weil die Bundesregierung ihre Position in den einschlägigen Fragen sehr ausführlich und differenziert in ihrem Bericht zur Welternährungslage „Globale Ernährungssicherung durch nachhaltige Entwicklung und Agrarwirtschaft“ vom 18. Juni 2008 dargelegt hat. Grundsätzlich hält die Bundesregierung den Bericht für einen wichtigen Beitrag zur Diskussion der globalen Ernährungssicherung.

Anlage 4

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Gerd Müller auf die Frage der Abgeordneten **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE) (Drucksache 16/11612, Frage 4):

Welche Vorschläge hat die Bundesregierung zur Auslobung von Eiern, die aus Kleingruppenhaltung stammen, bzw. hält die Bundesregierung eine gesonderte Auslobung überhaupt für nötig?

Eier aus der deutschen Kleingruppenhaltung sind gemäß Art. 12 in Verbindung mit Anhang I Teil A der VO (EG) Nr. 589/2008 über Vermarktungsnormen für Eier auf der Verpackung als „Eier aus Käfighaltung“ zu kennzeichnen. Darüber hinaus sind die Voraussetzungen erfüllt, die Angabe der Haltungsart gemäß Anhang I Teil B um den Begriff „ausgestalteter Käfig“ zu ergänzen. Die Kennzeichnung muss deutlich sichtbar und in leicht lesbarer Druckschrift erfolgen.

Eier der Güteklasse A müssen deutlich sichtbar, leicht lesbar und mindestens 2 Millimeter hoch mit dem Erzeugercode gemäß Nr. 2 des Anhangs der Richtlinie 2002/4/EG über die Registrierung von Legehennenbetrieben gekennzeichnet werden. Eier aus der Kleingruppenhaltung sind gemäß Anhang II Nr. 3 der Verordnung (EG) Nr. 589/2008 „Eier aus Käfighaltung“, demzufolge ist die Haltungsart im Erzeugercode mit der „3“ anzugeben. Entsprechend sind diese Betriebe im Rahmen der Durchführung des Legehennenbetriebsregistergesetzes auch als Käfighaltungsbetriebe zur registrieren.

Weitergehende Angaben zur Art der Legehennenhaltung sind sowohl auf der Verpackung als auch auf dem Ei möglich, hierbei sind jedoch die allgemeinen Vorschriften des Lebensmittelrechts, das heißt insbesondere das Verbot der Irreführung und der Täuschung, zu beachten. Der zusätzliche Hinweis auf die Kleingruppenhaltung ist demzufolge sowohl auf der Verpackung als auch auf dem Ei grundsätzlich möglich und rechtlich zulässig.

Da die Bundesregierung die Gefahr sieht, dass die bestehende Kennzeichnung nicht ausreicht, um eine hinreichende Unterscheidung der Eier aus der Kleingruppenhaltung von Eiern aus der bisherigen Käfighaltung sicherzustellen, hat sich Bundesminister a. D. Seehofer mit Schreiben vom 13. Oktober 2008 an die zuständigen Kommissarinnen Fischer Boel und Vassiliou mit der Bitte gewandt, die Voraussetzungen für eine gesonderte Kennzeichnung zu schaffen. Eine abschließende Antwort steht noch aus. Kommissarin Vassiliou hat lediglich mit Schreiben vom 12. November 2008 mitgeteilt, dass die Antwort derzeit mit der ebenfalls zuständigen Kommissarin Fischer Boel abgestimmt wird.

Anlage 5

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt auf die Frage des Abgeordneten **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 16/11612, Frage 5):